

2008-07-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
09.10.2007

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der form- und fristgerechten Ladung

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Bestätigung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde keine Ergänzungen oder Änderungswünsche vorgebracht, so dass sie einstimmig bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Geier, Erhard

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 04.09.2007**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 04.09.2007 wurden keine Änderungsanträge geäußert, so dass es einstimmig bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

2. Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 04.09.2007

Der **Ausschussvorsitzende Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, informierte darüber, dass in der Sitzung vom 04.09.2007 nichtöffentliche Beschlüsse nicht gefasst wurden. Es wurde im nichtöffentlichen Teil über die folgenden Beschlüsse in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters informiert, die durch das Gremium zur Kenntnis genommen wurden:

Die Vergabe von Bauleistungen am Kulturzentrum Altes Theater, für das Los: Bühnenbeleuchtung, an die Fa. SIEMENS AG, Leipzig.

Die Vergabe von Bauleistungen bei der Generalsanierung Grund- und Sekundarschule "Zoberberg" im Los Schlosserarbeiten an die Fa. KGM Konstruktiver Glas- und Metallbau Zerbst GmbH.

Die Vergabe von Bauleistungen bei der Realisierung des grundhaften Ausbaus eines Abschnitts der Straßenbaumaßnahme "Heidestraße" im Stadtteil Rodleben, zwischen dem "Steinbergsweg" und dem "Erich-Weinert-Weg" an die Fa. ITB Ingenieurtiefbau GmbH, Schönebeck.

3. Öffentliche Informationsvorlagen

**3.1. Ergebnis der Vertiefung und Konkretisierung des favorisierten Beitrags aus dem Verfahren zur Kommunikation des Stadtumbaus unter dem Thema "Stadtumbau erzählen - Bürger aktivieren (Roter Faden)"
Vorlage: DR/IV/037/2007/VI-61**

Mit dem Ziel, die Öffentlichkeit beim Stadtumbauprozess mitzunehmen, so einfühend **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, sowie als Auftrag aus der Evaluierung des Dessauer IBA-Beitrags im Jahr 2006 werde an dieser Stelle über die vertiefenden Ergebnisse und die Konkretisierung des favorisierten Wettbewerbsbeitrages aus dem Verfahren zur Kommunikation des Stadtumbaus unter dem Thema „Stadtumbau erzählen – Bürger aktivieren (Roter Faden)“ informiert.

Den ursprünglichen Ansatz des Wettbewerbssiegers mit dem Asphaltband, den Bewegungsflächen, der Einbindung der Claims und der Markierung der Orte weiterführend, ergänzte **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, wurden die Maßnahmen auf den Prüfstand der Machbarkeit gestellt. Als Ergebnis seien die Markierungen der späteren Wegeführung mit entsprechenden Informationen sowie der Wegebau in neu zu gestaltenden Bereichen zu nennen. Am 13.10.07 erfolge der Startschuss für die Umsetzung des Projekts „Roter Faden“ mit der Aufstellung der ersten Elemente, zu dem Herr **Bürgermeister Gröger** und **Frau Jahn** herzlich einladen.

Zur Kenntnis genommen.

4. Öffentliche Beschlussvorlagen

4.1. **Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches und die frühzeitige Bürgerbeteiligung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 114-A "Hochschule Anhalt (FH)"** **Vorlage: DR/BV/124/2007/VI-61**

In seiner Einführung erläuterte **Herr Friedewald, Stadtplanungsamt**, als Gründe für die Weiterführung des Planverfahrens, die Schaffung notwendiger Randbedingungen für die Hochschule Anhalt und die Wohnnutzung im Gebiet, die Ausweisung potentieller Erweiterungsflächen für die Hochschule, die Berücksichtigung der Wettbewerbsergebnisse für die Gestaltung der Bauhausstraße und die Einbeziehung der Gewerbestandorte im Planbereich. Nunmehr werden im weiteren Verfahren vorhandene Probleme geklärt und entsprechende Lösungen entwickelt.

Auf die Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zu weiteren Veränderungen, beispielsweise im Bereich Mehringstraße, antwortete **Herr Friedewald**, dass in der Planung aus dem Jahr 2000 eher mit kleinteiligeren Ausweisungen hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung gearbeitet wurde. Jetzt werden darüber hinaus gehende, zukünftige Entwicklungen durch die Freizügigkeit und Flexibilität der Vorgaben ermöglicht.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert, so dass über den Beschlussvorschlag abgestimmt wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

4.2. **Weitere Verfahrensweise für den Stadtumbau auf der Basis des Leitfadens Landschaftszug** **Vorlage: DR/BV/126/2007/VI-61**

Bevor **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, das Wort zur Einführung an das Stadtplanungsamt übergab, erläuterte er, dass diese Unterlage bereits am 08.10.2007 in der Lenkungsrunde Stadtumbau vorgestellt wurde. Der Leitfaden für die Weiterentwicklung des Landschaftszuges sei als Fortführung der Planung aus dem Jahr 2004 zu verstehen, als man gemeinsam das Strategische Stadtentwicklungskonzept Heidestraße Nord entwickelte.

Wie die Thematik „Roter Faden“, die bereits Behandlung fand, so **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, war die Prüfung der bisherigen Instrumente des Stadtumbauprozesses eine Zielvereinbarung aus der Evaluierung des Dessauer IBA-Projekts im Jahr 2006. Nach verwaltungsinterner Prüfung unter Einbindung der involvierten Planungsbüros und Einholung externer Meinungen durch einen internationalen Workshop wurden neben der Klärung von Begrifflichkeiten und der Neuorganisation der Planungswerkstatt Gestaltungsprinzipien zur weiteren Entwicklung des Landschaftszuges erarbeitet. Als Ergebnis wurde der vorliegende Leitfaden ausgearbeitet, der Handlungs- und Gestaltungsvereinbarungen enthält und die Basis und Orientierung für die weitere Bearbeitung des IBA-Themas bildet.

Herr Bürgermeister Gröger ergänzte, dass man Strategien für die Pflege der entstehenden Landschaftlichen Zonen erarbeitet habe und man zwischen intensiv zu pflegenden Bereichen

und weniger intensiv zu pflegenden Bereichen unterscheidet. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Patenwerbung, um den Pflegeaufwand für die Stadt weiter zu minimieren.

Dass die textliche Fassung des Leitfadens gut gelungen und verständlich sei, bestätigte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, den Anhang und die beiliegenden Grafiken schätzte sie als nicht notwendig ein. **Frau Jahn** erläuterte das anliegende Glossar als Mittel, die unterschiedlichen Auffassungen über bestimmte Begrifflichkeiten zu vereinheitlichen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

4.3. Zulassung der beantragten Spielhalle mit einer Nutzfläche von ca. 108 qm in der Ferdinand-von-Schill-Str. 5 (Die Ausreichung der BV erfolgte bereits zur Sitzung am 04.09.2007) Vorlage: DR/BV/092/2007/VI-61

Nachdem die Beschlussvorlage in der letzten Ausschussberatung zurück gestellt wurde, führte **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, aus, habe man den Eigentümer eingeladen, um die Frage zu klären, ob der Mieter noch zu seinem Investitionsvorhaben stehe. Dieser habe eine schriftliche Erklärung abgegeben, dass er zwischenzeitlich zwar auf ein anderes Objekt in Roßlau ausgewichen sei, aber trotzdem an den Vorhaben in der Ferdinand-von-Schill-Straße festhalte.

Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, bestätigte diese Aussage.

Nach der Fragestellung hinsichtlich der Höhe der Investitionen, schätzte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die Entwicklung an diesem Standort in unmittelbarer Nachbarschaft der katholischen Kirche und im Quartier Johannisviertel als schädlich ein. Er werde gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Frau Jahn erläuterte die durch den Mieter bereits getätigten Investitionen.

Die Kontaktaufnahmen zur Katholischen Kirche hinterfragte **Herr Böhler** und wies auf das Risiko eines möglichen Baustopps aufgrund einer einstweiligen Verfügung hin.

Als Stadt dürfe man nicht den Anschein der Erpressbarkeit erwecken, warnte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**.

Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, der sich in der Abstimmung enthalten werde, beschrieb den Anschein der Erpressbarkeit als falschen Ansatz der Entscheidungsfindung. Die bereits getätigten Investitionen dürfen nicht im Vordergrund stehen, dieses Risiko war dem Investor bekannt. Das Problem bestehe eher darin, dass die Entwicklung am Standort mit der Entscheidung steht und fällt.

Obwohl die Nutzung des leer stehenden Gebäudes als positiv für die Entwicklung des Quartiers einzuschätzen sei, so **Herr Bürgermeister Gröger**, schaffe man hier einen Präzedenzfall für weitere, ähnlich gelagerte Vorhaben in diesem Bereich.

Die städtebauliche Verträglichkeit des Vorhabens sowie seine Signalwirkung für das Johannisviertel und nicht die getätigte Investition bezeichnete **Herr Dr. Schmidt** als bestimmende Größen in der Entscheidungsfindung.

Als positive Argumente benannte **Herr Böhler**, dass sich das äußere Erscheinungsbild einfüge. Man habe hier einen Gewerbetreibenden wie jeden anderen. Weiterhin würden Steuereinnahmen für die Stadt für eine Zustimmung sprechen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Abstimmung ergab eine mehrheitliche **Ablehnung** des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

2 : 4 : 1

**4.4. Errichtung von Parkmöglichkeiten auf dem Marktplatz Zerbster Straße
Vorlage: DR/BV/187/2007/DE/FV**

Zur Einführung in dieses nicht neue Thema, wie **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau** bemerkte, übergab er an den Einbringer des Beschlussvorschlages, die Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM.

Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, bestätigte diese Aussage, da die Thematik, die kürzlich auch von der Mitteldeutschen Zeitung aufgegriffen wurde, die selbständigen Händler der Zerbster Straße bereits seit einiger Zeit beschäftige. Vom Ziel einer attraktiven Innenstadt mit der Belebung des Standorts Kristallpalast sei man ein gutes Stück entfernt, zukünftig müsse man sich mit dem Einzelhandelszentrum auf dem HORTEN-Standort sowie den geplanten Baumaßnahmen im Einzelhandelsbereich in Wittenberg auseinander setzen. Die Stadträte sehe er in der Pflicht, die Händler in der Zerbster Straße zu unterstützen und zumindest den Versuch zu unternehmen, die befristete Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen mit zu tragen. Die in der Vorlage beinhaltete Variante wurde mit den Händlern besprochen und als Existenz sichernd eingeschätzt, da u. a. die Errichtung des Parkhauses in der Teichstraße nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Herr Böhler stellte den Antrag, den Vorstand des Citynet-Verbandes, Herrn Deweiß, das Wort zu erteilen.

Da diese Vorgehensweise laut Hauptsatzung nicht vorgesehen sei, votierte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, gegen die Annahme dieses Antrags.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Schönemann** nahm den Antrag an und ließ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4 : 3 : 0

Nach erfolgter Abstimmung ließ **Herr Dr. Schmidt** zu Protokoll geben, dass hier ein Verstoß gegen die gültige Hauptsatzung vorliege.

Herr Schönemann übergab das Wort an **Herrn Deweiß, Vorstand Citynet-Verband**, der aufgrund eigener Erfahrungen und nachdem er lange Zeit gegen das Parken auf der Zerbster Straße votierte, nun der Meinung sei, dass die Errichtung von Kurzzeitparkplätzen die richtige Lösung sei. Man solle jetzt den Versuch unternehmen, durch eine befristete Aktion, den Händlern, im Vergleich zum Rathauscenter, verbesserte Rahmenbedingungen anzubieten. Die Frage, ob das in Bearbeitung befindliche Einzelhandelsgutachten und Zentrenkonzept abzuwarten sei, verneinte er, da die Diskussionen auch danach weiter geführt werden. Besser sei es, die Ergebnisse des Versuchs mit den Kurzzeitparkplätzen in die Erarbeitung der Konzepte einfließen zu lassen.

Zur Präzisierung der Beschlussvorlage, wurde seitens des Einbringers ein Zeitraum von zwei Jahren für die Befristung beschrieben.

Er wolle die Sicht der Verwaltung in Bezug auf das Parken in der Umgebung der Zerbster Straße dargestellt haben, so **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**.

Das angesprochen Problem mit der Zerbster Straße bestehe seit der Wende, erläuterte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Entsprechend dem Verkehrsentwicklungsplan, von dessen Gesamtherleitung er an dieser Stelle absehe, wurde eine Fußgängerzone eingerichtet. Die Entscheidungsfindung dazu, habe man sich nicht leicht gemacht. Drei Arbeitsgruppen haben parallel getagt, deren Ergebnisse sind bislang umgesetzt worden.

Er verwies auf ein internes Gutachten der Verwaltung zu dieser Problematik, nach der im direkten Einzugsbereich der Zerbster Straße ausreichende Angebote vorgehalten werden. Die im Jahr 1997 vorhandene Stellplatzanzahl von 297 wurde bis 2007 auf 726 Parkplätze erhöht, ohne hier die Stellplätze in der Tiefgarage des Rathauscenters einzubeziehen.

Sollte man nun an dieser Stelle Kurzzeitparkplätze, in Verbindung mit den entsprechenden Verkehrsströmen, einrichten, gebe man die seit 1997 verfolgte Planung auf. Des Weiteren sei als Gegenargument anzuführen, dass die Zerbster Straße als Fußgängerzone gewidmet sei, die Straßenausbaubeiträge auf der Grundlage der Einordnung als Fußgängerzone gezahlt worden und die Förderung der Errichtung des Parkhauses Teichstraße als Grundlage die Verkehrsfreihaltung der Zerbster Straße nahm.

Eine Lösung als Handstreich, sei nicht möglich, er schlage aus diesem Grund vor, die Ergebnisse des Einzelhandelsgutachtens sowie vor allem des Zentrenkonzeptes abzuwarten. Ersteres werde bereits Ende November zu besprechen sein.

Frau Lindner, Leiterin des Amtes für Ordnung und Verkehr, ergänzte, dass darüber hinaus eine verkehrsorganisatorische Prüfung nötig sei. Auch die Abhängigkeiten wegen der Beleuchtung des Marktplatzes, dem Marktgeschehen sowie Veranstaltungen seien einzubeziehen.

Den Termin der Fertigstellung des Zentrenkonzeptes und die Möglichkeiten die Zerbster Straße wieder für den ÖPNV zu öffnen, hinterfragte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**.

Das Zentrenkonzept werde Mitte 2008 fertig gestellt, antwortete **Herr Bürgermeister Gröger**. Das Herausnehmen des Busverkehrs erfolgte seinerzeit wegen dem Einspruch der Gastronomen, die die Außengastronomie gefährdet sahen. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, ergänzte, das entsprechend der hohen Frequentierung der Haltestellen im Bereich ein Potential existiere. **Frau Jung, Tiefbauamt**, ergänzte zur Untersetzung die Personenzahlen, die die Haltestellen im Bereich des Rathauses täglich nutzen.

Er plädiere dafür, die Ergebnisse des Einzelhandelsgutachtens sowie des Zentrenkonzeptes abzuwarten, so **Herr Dr. Schmidt**. Weiter gehend sei die Verkehrsbelastung durch die Busse zu prüfen. Er wies darauf hin, dass die Innenstadt, die verkehrlich gut erreichbar ist, mehr sei, als nur die Zerbster Straße. Eine Belebung der Innenstadt könne man auch ohne den Verkehr erreichen, dafür seien ernsthafte Konzepte nötig. Nachdem der Durchbruch in der Zerbster Straße geschaffen wurde, müsse das Potential im Bereich Lange Gasse genutzt werden. Weiter gehend müsse man die Anbindung der Flössergasse vorantreiben.

Herr Böhler erklärte, dass man die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen anstrebe, der Status der Zerbster Straße als Fußgängerzone solle nicht berührt werden. Die Ergebnisse könne man in die Betrachtungen des Einzelhandelsgutachtens und Zentrenkonzeptes einfließen lassen.

Auch für die 37 vorgesehenen Kurzzeitparker, widersprach **Herr Bürgermeister Gröger**, sei die Straße zu öffnen. Der in erheblichem Maße entstehende Suchverkehr entspräche nicht dem Status einer Fußgängerzone.

Man müsse alles versuchen, was zur Belebung der Innenstadt beitrage, so **Herr Schönemann**.

Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, empfinde diese Parkplätze für den Marktplatz als nicht störend, er erinnerte an ähnliche Diskussionen in Roßlau im Bereich Anhaltiner Platz mit dem Ergebnis der Öffnung für den Durchgangsverkehr. Anhand einer Untersuchung der IHK Hannover von 28 Mittelzentren in Niedersachsen erläuterte er Argumente für das Pro und Contra.

Auf Nachfrage von **Frau Lohde**, wann mit dem Durchstich in Richtung Flössergasse zu rechnen sei, verwies **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, auf die B-Planung, die diese Maßnahme beinhalte. Durch die Fördermöglichkeiten des Stadtumbaus bestehe die Möglichkeit, diese Maßnahmen in das Programm sowie in die Haushaltsplanung aufzunehmen, beschrieb **Frau Lohde** die weitere Vorgehensweise.

Wegen der vielen guten Argumente gegen die Errichtung der Parkplätze an der Zerbster Straße und der fehlenden Informationen zu den Randbedingungen, bat **Herr Dr. Neubert** den Einreicher um Zurückziehung seiner Beschlussvorlage. Er sehe das Problem der Händlerschaft eher in der stadtplanerischen Fehlentscheidung zur Errichtung eines weiteren Einzelhandelszentrums am ehemaligen HORTEN-Standort. Mit der Errichtung von Stellplätzen in der Zerbster Straße werde der Versuch einer kosmetischen Kleinstreparatur unternommen, der die Ursache jedoch nicht beseitige.

Nachdem **Herr Hofmeister** für das Überdenken der ÖPNV-Freihaltung durch die Händler und Gastronomen warb, wies **Frau Lindner** auf den mittlerweile veränderten Branchenmix hin. Wegen der, mit den Stellplätzen einhergehenden Erhöhung der Abgas- und Lärmbelastung über 24 Stunden, bestehe das Risiko möglicher Rechtsstreitigkeiten wegen des Anspruches der Gastronomen auf eine Fußgängerzone.

Die Frage sei, so **Frau Lohde**, ob man sich an dieser Stelle auf Arbeitsaufträge zur Erarbeitung von Konzepten für die Lange Gasse und die Umstrukturierung des Neumarkts zu einem Kreisverkehr verständigen könne.

Herr Schönemann erinnerte daran, dass die bisherigen Diskussionen zur Zerbster Straße, beispielsweise für die Spielelemente, die Begrünung oder zuletzt den Brunnen immer für Impulse gut waren. Auch in der Vergangenheit waren Versuche notwendig, deshalb solle man hier nicht grundsätzlich ablehnen, möglicherweise eine Testphase vorsehen und im Rahmen des Einzelhandelsgutachten und Zentrenkonzept prüfen.

Eine Kompromissfindung sei notwendig, bestärkte **Herr Böhler** seine bereits getätigten Aussagen. Wegen drohender Existenzgefahr sei ein klarer Bürgerauftrag an die Fraktion heran getragen worden.

Herr Schönemann richtete die Frage, ob bei Änderung der Nahverkehrswege mit erneutem Konfliktpotential bei den Gastronomiebetrieben zu rechnen sei, an **Herrn Deweiß**, der daraufhin nochmals erklärte, dass im Umfeld der Zerbster Straße definitiv zu wenige Stellplätze seien. Der ÖPNV stellt für die Gastronomen nunmehr kein Problem dar. Die Konflikte der derzeitigen Anordnung der Stellplätze und den Außengastronomen seien lösbar durch die Reduzierung der Stellplätze.

Einen Antrag auf Rückverweisung der Vorlage mit dem Auftrag der Prüfung der technischen Mängel stellte **Frau Lohde** und benannte als Mängel die Umsetzbarkeit, die notwendige Klärung der Ein- und Ausfahrt sowie die Vermeidung von Durchfahrtsverkehr. In das weitere Verfahren seien alle Anrainer einzubeziehen.

Nachdem **Herr Schönemann** nur die Möglichkeit der Vertagung der Vorlage einräumte, formulierte **Herr Dr. Schmidt** als Arbeitsauftrag im Rahmen der notwendigen Überarbeitung der Vorlage die Klärung der folgenden Punkte:

- Schaffung einer Verbindung der Zerbster Straße zur Flössergasse
- Möglichkeiten der Errichtung von Stellplätzen im Bereich Lange Gasse
- Machbarkeit von Stellplätzen in der Zerbster Straße
- Einbindung der DWG hinsichtlich der Vermietbarkeit der Gewerbe- und Wohneinheiten
- Prüfung der Öffnung der Zerbster Straße für den ÖPNV
- Prüfung der ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen, der Auswirkungen aus der Straßenausbaubeitragssatzung sowie des Entwidmungsverfahrens bei der Errichtung von Stellplätzen in der Zerbster Straße

Als Frist für die Überarbeitung der Vorlage wurde auf Nachfrage des **Herrn Schönemann**, der sich von der Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung eine neue Qualität versprach, durch **Herrn Böhler** ein Zeitraum von 3 Monaten benannt.

Abschließend wurde über die beantragte **Zurückstellung** der Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

4.5. Gemeinschaftsinitiative URBAN II - Änderung Gesamtmaßnahmebeschluss "Umbau ehem. AOK-Gebäude zum Sport- und Kurshaus" (Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 01.10.07) Vorlage: DR/BV/200/2007/I-80

Wegen Befangenheit nahm **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, an der Diskussion und Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, wies einfürend darauf hin, dass der geänderte Maßnahmebeschluss aufgrund der URBAN II – Problematik im Wirtschafts- und wegen der Überarbeitung der Baumaßnahme im Bauausschuss Behandlung findet. Deshalb sei auch zu zwei Themen zu sprechen.

Zum einen die Schlussrechnung der URBAN II – Mittel, die bis 2008 zu erfolgen habe, mit dem Ergebnis, dass Restmittel zur Verfügung stehen und diese der Baumaßnahmen am AOK-Gebäude zur Verfügung gestellt werden sollen. Aus diesem Grund die Beschlussfassung im Wirtschaftsausschuss am 17.10.07.

Zum anderen kann wegen der nun zur Verfügung stehenden Mittel nun ein Ausgleich der Mehrwertsteuererhöhung und laufender Baupreiserhöhungen geschaffen werden. Ebenso war die ursprüngliche Planung nach den zur Verfügung stehenden Mittel ausgerichtet worden, was einige Kompromisse und Reduzierung notwendiger Sicherheiten für unvorhersehbare Leistungen zur Folge hatte.

Abschließend erläuterte er das Finanzierungskonzept der erhöhten Gesamtausgabe, ohne Erhöhung des Einsatzes kommunaler Eigenmittel und fasste als Ergebnis zusammen, dass hier eine sinnvolle Ergänzung des 1. BA's möglich sei, was dem 2. BA zur Errichtung der Sporthalle zu Gute kommen werde.

Dass diese Kostenerhöhung Kritik in der Öffentlichkeit hervorrufen werde, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, an.

Als Alternative zum vorgesehenen Beschluss beschrieb **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass man das restliche Geld zurück gebe und im 2. BA höhere Ausgaben auch auf Kosten der städtischen Eigenmittel habe.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion, stimmte dem zu. Er habe kein Problem mit der Beschlussfassung.

Bevor über den Beschlussvorschlag abgestimmt wurde, wies auch **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, auch die Chance hin, die vorhandenen Mittel zweckmäßig einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

**4.6. Gutachten zum Bau einer Spielscheune in Rodleben (Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 01.10.07)
Vorlage: DR/BV/204/2007/ÖVR**

Hier sei eine grundsätzliche Entscheidung für die Investition in eine Spielscheune an diesem Standort herbei zu führen, erläuterte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Im Vorfeld dieser Entscheidung soll nun in fachlicher Begleitung des Baudezernats durch ein Gutachten die Wirtschaftlichkeit dieser Investition geprüft werden.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, verwies auf die Haushaltsdiskussionen, in denen bereits Stellung zum Thema bezogen wurde und begrüßte die Prüfung der Investition in gesamtstädtischer Sicht in Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung.

Die gleiche Meinung vertretend, hinterfragte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, die Möglichkeit im Rahmen der Studie die geplanten Baukosten zu prüfen.

Auch **Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, stimmte der Prüfung der Optimierung der Kosten zu.

Dem Vorschlag von **Herrn Gröger** zur Federführung bei der Erarbeitung des Gutachtens durch das Baudezernat und Begleitung durch den Bauausschuss wurde gefolgt, so dass der Beschlussvorlage mit folgenden Änderungen einstimmig zugestimmt wurde:

Die Beauftragung und fachliche Begleitung des Gutachtens erfolgt durch das Dezernat für Bauwesen und Umwelt.

Die Ergebnisse des Gutachtens werden dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 0

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

Verbunden mit der Einladung an alle Stadträte an der Auftaktveranstaltung zum „Roten Faden“ am 13.10.07 teilzunehmen, informierte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, über den Ablauf und die Themen der Veranstaltung.

In Bezug auf zwei Anfragen aus der Sitzung des Stadtrates am 19.09.07 im Rahmen der Beschlussfassung zum Ausbau der Orangeriestraße / B 185 informierte **Herr Bürgermeister Gröger** über die Ergebnisse der Prüfung durch das Tiefbauamt. Entsprechend der ausgereichten Informationen werde die Umsetzung des Bauvorhabens wie geplant durchgeführt, wobei der 2. BA sich direkt an den 1. BA anschließe. Des Weiteren wird der grundhafte Ausbau der Umleitungsstrecken Wiljams- und Justus-von-Liebig-Straße vorgesehen, was eine Einbeziehung der Bürger nach Straßenausbaubeitragsatzung und bei negativem Votum der Anlieger die Beschlussfassung des Stadtrates nach sich ziehe.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, bestätigte diesem Angebot an die Bürger Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit.

Gegen die Vergabe der zusätzlichen Planungsleistungen an das Büro Bamberg & Nowsky, über die **Frau Jung, Tiefbauamt**, informierte, wurden keine Einwände erhoben.

Abschließend lobte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, dass hier durch die Stadtverwaltung eine Wegweisende Strategie entwickelt wurde und nicht nur aufgezeigt wurde, was nicht möglich sei.

Stellvertretend für den heute entschuldigten Herrn SR Mau, hinterfragte **Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, den Stand zum Vorhaben Einkaufszentrum in der Magdeburger Straße. Es liege derzeit kein neuer Sachstand vor, informierte **Herr Bürgermeister Gröger**. Die Unterlagen liegen zur Prüfung dem Landesverwaltungsamt und dem Ministerium vor. Sobald deren Stellungnahme vorliegt, werde Herr SR Mau über den Sachstand informiert.

Auf Nachfrage von **Frau Lohde** zum Stand der Erarbeitung des Auslobungstextes zum Wettbewerb für die Meisterhäuser, informierte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass am 12.10.07 dieser Auslobungstext nochmals diskutiert werde und er in der Folge den politischen Gremien vorgelegt werde. Am Ziel der zeitnahen Durchführung des Wettbewerbs habe sich nichts geändert.

Da im Zusammenhang mit dem Vorhaben Interkultureller Generationenpark bereits vieles gelaufen sei, erinnerte **Herr Dr. Schmidt, Bürgerliste / Die Grünen**, daran, dass man vereinbart habe, vor der Evaluierung des Themas eine Behandlung im Bauausschuss durchzuführen. Die Evaluierung erfolge erst im Dezember 2007, erklärte **Herr Bürgermeister Gröger**, so dass der Ausschuss in seiner Novembersitzung informiert werde.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion hinterfragte, ob bereits eine Entscheidung hinsichtlich der zukünftigen Nutzung der Meisterhäuser gefallen sei. Diese sei noch in der Diskussion, so **Herr Bürgermeister Gröger**, die Nutzung muss selbsttragend bzw. Überschuss erzielend sein und somit den Nachweis der Wirtschaftlichkeit erbringen. Für diese Objekte mit Alleinstellungsmerkmal sei sicher auch eine etwas abweichende Sichtweise möglich, meinte **Herr Dr. Neubert**.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht geäußert, so dass der öffentliche Teil der heutigen Sitzung um 19:40 Uhr geschlossen wurde.

Dessau-Roßlau, 22.07.08

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer

